

Schlanker Staat auf Kosten der Bildung

Seit der Jahrtausendwende hat sich der Lehrermangel an deutschen Schulen leicht verringert – allerdings nur wegen sinkender Schülerzahlen. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern bleibt Deutschland weiterhin zurück.

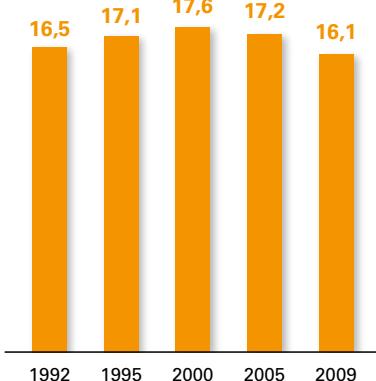
Im internationalen Vergleich hat das deutsche Bildungswesen in den vergangenen Jahren immer wieder schlechte Noten bekommen. Die unzureichende personelle Ausstattung an den Schulen ist hierfür ein wesentlicher Grund, so der Finanzexperte Dieter Vesper. Das langjährige Mitglied im Kreis der Steuerschätzer hat im Auftrag des IMK die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst untersucht.* Besonders groß ist der Fehlbestand an deutschen Schulen, stellt Vesper fest. Nach seinen Berechnungen fehlen hier rund 55.000 Lehrkräfte. In der Kinderbetreuung sieht der Finanzexperte einen

zusätzlichen Bedarf von 16.000 Stellen. Etwas günstiger hat sich die Situation an den Hochschulen entwickelt.

Schulen. Rund ein Drittel der personellen Ressourcen im Landesdienst entfällt auf die Schulen. Im Bundesdurchschnitt ging der zentrale Indikator der schulischen Versorgung, die Schüler-Lehrer-Relation, leicht zurück: Kamen 1992 noch 16,5 Schüler auf einen Lehrer, waren es 2009 16,1. Dieses Ergebnis hängt jedoch in erster

Leichte Besserung

Ein Lehrer war für so viele Schüler verantwortlich ...



Quelle: Vesper 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Linie mit den sinkenden Schülerzahlen zusammen: Die Zahl der Lehrer stagnierte in diesem Zeitraum nahezu mit einem Plus von lediglich 0,6 Prozent.

In den kommenden Jahren werden jährlich – auf Vollzeitstellen umgerechnet – zwischen 18.000 und 33.000 Lehrer altersbedingt aus dem Arbeitsleben ausscheiden, zeigen Vespers Berechnungen. Weiter sinkende Schülerzahlen könnten die Politik dazu verleiten, frei werdende Stellen zu streichen. Im internationalen Vergleich habe Deutschland jedoch zu wenig Lehrer, so der Wissenschaftler. Gemessen am EU-Durchschnitt ergebe sich ein Fehlbestand von 11 Prozent; das sind 55.000 Lehrkräfte. Gerade die demografisch beding-

te „Bildungsrendite“ sollten die Bundesländer nicht der Haushaltskonsolidierung unterwerfen, warnt Vesper. Denn inzwischen habe sich in der Wissenschaft die Einschätzung durchgesetzt, dass Bildungsausgaben mittelbar für mehr Wachstum sorgen.

Hochschulen. Nahezu ein Fünftel des Personals im Landesdienst ist in Hochschulen und Hochschulkliniken tätig. Parallel zum deutlichen Anstieg der Studentenzahl hat sich die Zahl der hauptberuflich Beschäftigten im Zeitraum 2000 bis 2009 von 422.000 auf 467.000 erhöht. Die Hochschulen setzten für die neuen Stellen vor allem Drittmittel ein – und stockten ihr wissenschaftliches Personal nach der Jahrtausendwende kräftig auf: Im Jahr 2009 war die Zahl der Beschäftigten mit 301.000 um 37 Prozent höher als 2000. Damit verbesserte sich die Relation zwischen Lehrenden und Lernenden: Die Zahl der Studenten je Lehrperson sank auf sieben. Hingegen ging die Zahl der nicht-wissenschaftlichen Beschäftigten kräftig zurück, von 213.000 auf 166.000 – also um 22 Prozent. Die neuen Jobs seien zudem oft zeitlich befristet und vielfach Teilzeitstellen, so der Forscher.

Kinderbetreuung. In jüngster Zeit hat Deutschland erhebliche Anstrengungen unternommen, die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auszubauen und sie an westeuropäische Standards heranzuführen. Insgesamt ist von 2006 bis 2010 die Zahl der betreuten Kinder von 2,95 auf 3,08 Millionen gestiegen – ein Zuwachs um 4,2 Prozent. In der gleichen Zeit hat die Zahl der in Tageseinrichtungen tätigen Personen von 415.000 auf 490.000 zugenommen; dies entspricht einem Plus von 18 Prozent. Während 2006 auf einen Beschäftigten noch 7,1 Kinder kamen, waren es 2010 nur noch 6,3 Kinder.

Allerdings habe sich „die Beschäftigungsausweitung primär im Bereich der Teilzeitarbeit vollzogen, sodass die Verbesserung der Betreuungsrelationen wohl überzeichnet ist“, gibt Vesper zu bedenken. Und trotz der Fortschritte bestehe gerade bei der fröhkindlichen Betreuung bundesweit ein riesiger Nachholbedarf, so der Forscher – im Westen stärker als im Osten. Allein aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab zwei Jahren ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 16.000 Stellen. ▶

Gehaltszuwächse schwächer als in der Privatwirtschaft

Auch die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst hat Vesper durchleuchtet. Insgesamt, so der Forscher, sind die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Von 1992 bis 2010 addierten sich die nominalen Tarifsteigerungen der gesamten Wirtschaft auf 52 Prozent, während der öffentliche Dienst nur einen Zuwachs um 44 Prozent verzeichnete. Hinzu kommen Kürzungen beim Weihnachtsgeld und bei anderen Zuschlägen, aber auch Einsparungen durch niedrigere Eingruppierungen bei Ersatzstellungen. Einige Bundesländer erhöhten die Stundendeputate von Lehrern, ohne im Gegenzug deren Bezüge zu erhöhen.

* Quelle: Dieter Vesper: Finanzpolitische Entwicklungstendenzen und Perspektiven des Öffentlichen Dienstes in Deutschland, IMK Study Nr. 25/2012

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de